

Wochendienst

Nr. 21

vom 25. Mai 2012

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Hamburg bekennt Farbe: Ralph Giordano macht mit.....	3
Hamburg bekennt Farbe – „Diese Stadt lebt und liebt ihre Vielfalt“	4
15. Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus.....	7
Neue Qualitätsstandards für Eltern-Kind-Zentren	8

Gesundheit und Verbraucherschutz

Patientenrechtegesetz bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück.....	10
Organspende: Hamburg wird neues Gesetz durch vielfältige Aktionen unterstützen	11

Schule, Jugend und Berufsbildung

Hamburger Schulen erhalten hochdotierte Klimapreise	13
Ties Rabe: Zentralabitur sorgt für Klarheit und Gerechtigkeit.....	14
Schulsenator Rabe startet Hamburger Onlineportal zur Umweltbildung.....	17
Hamburg bekommt bundesweit die beste Ausstattung für die Inklusion.....	19
Landeszentrale für politische Bildung bietet in ihren Räumen für Schülergruppen Führungen durch die Ausstellung „Die geteilte Stadt“	23

Stadtentwicklung und Umwelt

Öffentliche Auslegung der Schutzgebietsverordnung	25
Neue „Spielplatz-Karte“ für Hamburg.....	27
Bündnis für mehr Recycling.....	28
Umwelthauptstadt – was nun? Hamburg macht weiter!	30

Wissenschaft und Forschung

Spitzenforschung in Hamburg	32
Forschungsschwerpunkte an den Hamburger Hochschulen bundesweit in der Spitzengruppe.....	33

Haushalt und Finanzen

Mai-Steuerschätzung 2012.....	34
-------------------------------	----

Medien

Mediendialog Hamburg 2012.....	36
--------------------------------	----

Kultur

Projekt „Hamburger Bühnenflug 2012“ startet am 26. Mai	38
Hamburg und Groningen vereinbaren enge Zusammenarbeit in der Kultur- und Kreativwirtschaft	40

Zur Information

Schnell und bequem: Kfz-Ummeldung über das Internet.....	42
Terminkalender	44

21. Mai 2012/basfi21

Hinweis an die Medien Hamburg bekennt Farbe: Ralph Giordano macht mit



Diskussionsveranstaltung im Rathaus/20 Workshops zu Rechtsextremismus und Zivilcourage

Die Aktion „Hamburg bekennt Farbe“ lädt zu einer eigenen Veranstaltungsreihe ein: Vom 29. Mai bis 2. Juni finden mehrere Vortragsrunden und Workshops zum Thema Rechtsextremismus, Zivilcourage und Antidiskriminierung statt.

Höhepunkt ist die Veranstaltung „Die Erinnerung im Herzen, die Zukunft in der Hand“ mit Ralph Giordano (Sonnabend, 2.6, 15.30 Uhr, Kaisersaal des Rathauses). Der Hamburger Publizist würdigt die Arbeiten von Schülerinnen und Schülern, die für ihre Arbeiten zur NS-Zeit mit dem Bertini-Preis ausgezeichnet wurden. Zusammen mit dem Publikum wird u.a. darüber diskutiert, welche Rolle Erinnerungsarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus spielen kann.

Das Workshop-Programm enthält spezielle Angebote für Schulklassen, Jugendliche und Erwachsene. Dazu zählen ein Seminar zu Rechtsextremismus im Internet, ein Workshop zum Entwickeln eigener Projektideen, ein Verhaltenstraining zur Zivilcourage sowie ein Rhetorik-Kurs zum Kontern rechtsextremer Argumentationsstrategien. Neu-Hamburger und Alteingesessene können sich zudem in einem deutsch-englischen Drehbuch-Workshop mit Migration und Heimatgefühl auseinandersetzen.

Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldungen für die Workshops erfolgen über die Volkshochschule: bildungskontor@vhs-hamburg.de. Für die Veranstaltung mit Ralph Giordano senden Sie bitte eine Mail an: hamburg-bekannt-farbe@basfi.hamburg.de.

Weitere Informationen erhalten Sie auch unter www.hamburg.de/hamburg-bekannt-farbe

Hintergrundinformationen

Am 2. Juni 2012 planen Neonazis den bundesweit größten rechtsextremen Aufmarsch des Jahres in Hamburg. Mit einem breit aufgestellten Bündnis wollen Bürgerschaft, Senat, Handels- und Handwerkskammer, Sportbund, Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Migrantenorganisationen und Wohlfahrtsverbände ein deutliches Zeichen gegen Neonazis setzen. Alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, an diesem Tag auf dem Rathausmarkt Farbe zu bekennen.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

22.05.2012/pr22



Hamburg bekennt Farbe –

„Diese Stadt lebt und liebt ihre Vielfalt“

Bündnis aus Politik, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden ruft für den 2. Juni zu einer Kundgebung auf den Rathausmarkt auf

Hamburg bekennt Farbe: Am 2. Juni soll ab 11.00 Uhr vom Rathausmarkt ein Signal für Demokratie, Toleranz und Vielfalt ausgehen. Unter dem Motto "Hamburg bekennt Farbe - für Demokratie, Toleranz und Vielfalt" haben Senat und Bürgerschaft sowie Kirchen, Vereine, Verbände und Einzelne zu einer Kundgebung aufgerufen. Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, Bischöfin Kirsten Fehrs, Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz sowie der Präsident des Hamburger Sportbunds, Günther Ploß und Uwe Polkaehn, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nord riefen am Dienstag im Rathaus zur Teilnahme an der Aktion auf.

Carola Veit, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft

„Wenn Feinde von Freiheit und Demokratie durch unsere Stadt ziehen, kann niemand sagen: Was geht mich das an? Unser Hamburg lebt seit Jahrhunderten von guten Beziehungen mit der ganzen Welt. Das Miteinander verschiedener Kulturen ist Garant für unser Wohlergehen. Ich freue mich, dass bereits viele Hamburgerinnen und Hamburger unserem Aufruf gefolgt sind. Sie bekennen sich offen mit ihrem Namen zur Vielfalt dieser Stadt. So zeigen wir unsere Solidarität mit jenen, die von Rechtsextremisten unerwünscht sind, von ihnen verachtet oder gar bedroht werden. Niemand soll hier in Angst leben müssen.“

Noch nie zuvor hat es in Hamburg eine so breite gesellschaftliche Allianz gegeben. Hamburg wird zeigen: Diese Stadt lebt und liebt ihre Vielfalt. Für menschenverachtende Ideologie ist kein Platz.“

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz

„Rund ein Drittel aller Hamburgerinnen und Hamburger hat Wurzeln in einem anderen Land. Sie bereichern unsere Stadt – mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen, mit ihren unterschiedlichen Biografien und ihren verschiedenen Sichtweisen.“

Neben guter Bildung sind Vielfalt und Diskussionen Basis für Engagement und Kreativität. Das ist, was die großen Städte auszeichnet. Aus ihrer Vielfalt und aus dem Einfallsreichtum ihrer Bürgerinnen und Bürger können Antworten auf die Fragen nach der Zukunft unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft, unseres Zusammenlebens entstehen. Die Vielfalt der Städte ist ein Schlüssel und ein Schatz. Wir müssen ihn gegen Intoleranz, Ressentiment und Rassismus verteidigen, wie wir die Demokratie gegen

Totalitarismus und Gewalt verteidigen. Hamburg ist eine offene, tolerante und am Neuen interessierte Stadt. Auch dieses Signal soll am 2. Juni von unserer Stadt ausgehen.

Ich danke allen, die ihren Teil dazu beitragen, dass dieses Signal gehört wird – in Hamburg und über die Grenzen unserer Stadt hinaus.“

Kirsten Fehrs, Bischöfin für den Sprengel Hamburg und Lübeck der Nordelbische Kirche

"Ich finde die Initiative, „Hamburg bekennt Farbe“, von Bürgerschaft und Senat deshalb hervorragend, weil hier überparteilich und "bunt" *gemeinsam* ein Zeichen gesetzt wird gegen Rechtsradikalismus in unserem Land. Verbände, Parteien, Vereine, Kirchen - gemeinsam stehen wir für ein buntes, kulturell vielfältiges und religiös tolerantes Hamburg. Und wir opponieren gegen braune Parolen, gegen Intoleranz, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Als Evangelische Kirche beteiligen wir uns aktiv am 2. Juni gegen Rechtsradikalismus - wie am 31. März in Lübeck und am 1. Mai in Neumünster -, weil jede Art von Menschenfeindlichkeit gegen Asylsuchende und Fremdes, gegen Homosexuelle und Menschen mit Behinderungen – weil jede Form der Ausgrenzung unserer Grundüberzeugung widerspricht: der Überzeugung, dass alle Menschen als Gottes Geschöpfe ihre unbedingte Würde besitzen und unendlich wertvoll sind. Unsere Unterschiede sind eine Kraft, mit der wir allen Einheitsideologien entgegen treten können: Unser Kreuz hat keine Haken!

Die Aufdeckung der NSU-Terrorzelle in Zwickau macht erneut deutlich, wie weit rechtsextremes Gedankengut verbreitet ist - schleichend dringt es in die Wohnzimmer. Dem müssen wir Einhalt gebieten. Doch dafür braucht es noch mehr als Demonstrationen. Wir brauchen eine Sensibilität für die jungen Menschen, die sich nicht beachtet fühlen oder an den Rand gedrängt, für die, die mit Perspektivlosigkeit kämpfen und Isolierung. Wir brauchen eine Bildungslandschaft, die die Fragen der nächsten Generation ernst nimmt und darüber reden lernt. Wir brauchen Stolpersteine – nicht allein auf den Straßen– sondern auch in den Köpfen der Menschen."

Günter Ploß, Präsident des Hamburger Sportbunds

„Sport wäre ohne Grundwerte wie Toleranz und Fairness undenkbar. Sport stärkt den Zusammenhalt von Menschen und baut Vorurteile und Ängste ab. Der Sport baut so Brücken zwischen Kulturen und Religionen. Die Sportvereine und –verbände in Hamburg setzen deshalb seit 1990 in Hamburg das Programm „Integration durch Sport“ um, das der Hamburger Sportbund (HSB) koordiniert.

Im Sport gelingt Integration besonders gut, da Menschen in einfacher Art und Weise Kontakt aufnehmen können. Es sind weder Vorkenntnisse oder Bedingungen, noch ein bestimmter sozialer Status oder eine ethnische Herkunft notwendig, um gemeinsam Sport zu treiben. Über die gemeinsame Bewegung tauschen sich die Menschen schneller aus und entwickeln Verständnis füreinander. Die Menschen brauchen nur Spaß und Freude an der Bewegung, um hinzugehen und dabei zu bleiben.

Die rund 800 Sportvereine in Hamburg bieten eine flächendeckende Plattform für das Erlernen von demokratischen Grundregeln und Mitwirkungsmöglichkeiten. Sie unterstützen Menschen mit Migrationshintergrund so dabei, sich in unserem gesellschaftlichen System zurechtzufinden. Die

Menschen haben in einem Sportverein auch die Möglichkeit mitzugestalten. Die Übernahme von Ehrenämtern durch Menschen mit Migrationshintergrund hat für uns darum eine besondere Bedeutung. Integration im und durch Sport funktioniert dabei nicht von alleine. Es braucht Strukturen in Vereinen und Koordination von Maßnahmen. Dabei müssen sich alle öffnen, um voneinander zu lernen, denn Integration ist keine Einbahnstraße.“

Uwe Polkaehn, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nord

„Hamburgerinnen und Hamburger investieren in der ganzen Welt, die guten internationalen Beziehungen der Hansestadt in Politik, Wirtschaft und Kultur sind Grundlage der erfolgreichen Handelsmetropole. Damit werden unsere Arbeitsplätze gesichert. Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit oder gar Ausländerhass stehen dazu in krassem Widerspruch. In den Betrieben und Verwaltungen wurde in den vergangenen Jahren ein Stück Erfolgsgeschichte in Sachen Integration geschrieben. Die kollegiale Zusammenarbeit zwischen deutschen Arbeitnehmern und solchen mit Migrationshintergrund funktioniert weitgehend einwandfrei. In Betriebs- und Personalräten finden sich immer häufiger Kolleginnen und Kollegen ohne deutschen Pass. Sie leben wie selbstverständlich vor, dass Gleichstellung und Gleichberechtigung nicht nur ein Gebot der Menschenwürde ist, sondern unsere Demokratie stärkt. Diese Werte gilt es zu verteidigen.“

Im nächsten Jahr sind achtzig Jahre vergangen, seit das Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof von SA und SS gestürmt worden ist und Gewerkschaftsmitglieder von Faschisten verfolgt und ermordet wurden. Es ist unerträglich, dass die neuen braunen Gesinnungsgenossen nun am zweiten Juni an diesem Ort demonstrieren wollen. Das verstehen Hamburgs Gewerkschaften als Provokation. Wir werden uns den Neonazis friedlich aber entschlossen entgegenstellen. Für uns gilt: Rassistische Ideologien gehören in die Mülltonne der Geschichte.“

Für Rückfragen
Christoph Holstein
Senatssprecher
Leiter der Pressestelle des Senats
Rathausmarkt, 1, 20095 Hamburg
Tel: 040/42831-2243/44
E-Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

22. Mai 2012/pr22a

Bürgermeister Olaf Scholz: Zuwanderer bereichern unsere Gesellschaft und unsere Stadt

15. Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus

Auf der fünfzehnten Einbürgerungsfeier hat Hamburgs Erster Bürgermeister **Olaf Scholz** am heutigen Dienstagnachmittag die neuen Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt mit ihren Angehörigen im Festsaal des Hamburger Rathauses begrüßt. Stellvertretend für alle 1.296 Personen, die vom 1. November 2011 bis zum 31. Januar 2012 in Hamburg die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben, überreichte Bürgermeister Olaf Scholz die Einbürgerungsurkunden im Rahmen eines Festakts an einige Neubürgerinnen und Neubürger. Die Urkundenträger stammen u.a. aus dem Iran, Nigeria, Ungarn und Schweden. Am häufigsten haben im Jahr 2011 – wie in der Vergangenheit – ehemalige Bürgerinnen und Bürger aus den Ländern Türkei, Afghanistan und Iran die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen.

Rund 550 Neubürgerinnen und Neubürger und deren Angehörige sind der Einladung des Senats gefolgt und ins Hamburger Rathaus gekommen, um gemeinsam mit der Vize-Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, **Barbara Duden** und weiteren Vertretern der Hamburgischen Bürgerschaft, der Bezirke und der Hamburger Verwaltung ihre Einbürgerung zu feiern. Hamburgs Erster Bürgermeister **Olaf Scholz** wandte sich in seiner Rede direkt an die Neubürgerinnen und Neubürger: „Ihre Leistungen, Begabungen und kulturellen Wurzeln bereichern unsere Gesellschaft und unsere Stadt. Ohne diese Vielfalt, die vielen Einflüsse der Zuwanderer wäre Hamburg nicht die weltoffene, tolerante, leistungsstarke Metropole, die sie ist. Denn Hamburg ist nicht nur das Tor *zur* Welt, sondern längst auch das Tor *für* die Welt“.

Im Anschluss an die Rede des Ersten Bürgermeisters moderierte **Kathrin Erdmann**, freie Journalistin, NDR, ein Gespräch mit einigen Urkundenträgern über deren Motivation für die Einbürgerung.

Musikalisch wurde die Feier vom Unterstufenchor des Gymnasiums Lohbrügge unter Chorleiter **Peter Schuldt** vom Projekt „Young ClassX“ begleitet. Der Chor sang „Baum des Lebens“ sowie die Hamburg Hymne „Hammonia“ und unterstützte die Gäste zum Abschluss beim gemeinsamen Singen der deutschen Nationalhymne.

Auf Einladung des Senats finden seit Herbst 2006 in regelmäßigen Abständen Einbürgerungsfeiern statt, um die Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit in einem festlichen Rahmen zu würdigen. Die nächste Einbürgerungsfeier findet voraussichtlich im August 2012 statt.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.einbuengerung.hamburg.de und www.hamburg.de/eza

Rückfragen:

Pressestelle des Senats, Dr. Alexander von Vogel

Telefon: (040) 4 28 31-2183

E-Mail: alexander.vonvogel@sk.hamburg.de

23. Mai 2012/basfi23

Neue Qualitätsstandards für Eltern-Kind-Zentren

Familienbehörde und Wissenschaftler entwickeln gemeinsame Standards

In einem von der Familienbehörde und der ZEIT-Stiftung getragenen Projekt werden rund 40 Hamburger Eltern-Kind-Zentren (EKiZ) in den kommenden zwei Jahren gemeinsame Qualitätsstandards erarbeiten. Damit greift das Projekt eine der zentralen Empfehlungen einer Evaluation von 18 Eltern-Kind-Zentren aus den Jahren 2008/2009 auf. Die Standards sollen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fachliche Orientierung und Hilfestellung bei ihrer Arbeit mit jungen Familien geben. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Benedikt Sturzenhecker (Universität Hamburg) sowie im direkten Austausch mit Fachkräften und Trägern soll neben den Qualitätsstandards auch ein praxisnahes Evaluationsverfahren konzipiert werden, das die strategische Weiterentwicklung der Eltern-Kind-Zentren unterstützt.

„Ich freue mich sehr, dass durch die Weiterentwicklung von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren viele Familien mit kleinen Kindern erreicht werden, die sonst keine Unterstützung und keine Bildungsangebote in Anspruch genommen hätten“, sagt **Staatsrat Jan Pörksen**. „Das Projekt ist ein wichtiger Schritt, um die qualitativ hochwertige Arbeit von Eltern-Kind-Zentren stetig zu verbessern.“

„Mit der Förderung der Qualitätsstandards möchte unsere Stiftung die hohe Bedeutung und Notwendigkeit professioneller frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote unterstreichen – gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien.““, betont **Professor Dr. Michael Göring**, Vorstandsvorsitzender der ZEIT-Stiftung.

Hintergrundinformationen

Aufgabe der Eltern-Kind-Zentren ist die frühe Bildung von unter drei Jahre alten Kindern und von Kindern, die bislang keine Kita besuchen sowie die Stärkung der Erziehungskompetenz ihrer Eltern. Durch sozialpädagogisch qualifizierte Fachkräfte werden die Familien zur Selbsthilfe angeregt und motiviert, bestehende Beratungsangebote (Elternschulen, Gesundheitsdienst, etc.) zu nutzen. Dabei arbeiten die Eltern-Kind-Zentren eng mit den Trägern dieser Angebote zusammen. Der Zugang zu den Eltern-Kind-Zentren steht allen Familien mit kleinen Kindern offen und ist kostenlos.

Aufgrund der Einbindung der Eltern-Kind-Zentren in den Stadtteil können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Eltern-Kind-Zentrums hilfsbedürftige Familien gezielt ansprechen und zum Besuch des Zentrums einladen. Familiäre Situationen, aus denen eine Gefährdung des Kindeswohls entstehen kann, werden so frühzeitig erkannt und nach Möglichkeit vermieden. In solchen Fällen arbeiten die Eltern-Kind-Zentren auch mit den Allgemeinen Sozialen Diensten zusammen.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Kommunikation | Frauke Hamann

T +49 40 41336871 | F +49 40 41336900 |

hamann@zeit-stiftung.de | www.zeit-stiftung.de

23. Mai 2012/bgv23

Patientenrechtegesetz bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück Bundeskabinett beschließt Gesetzesentwurf

Das Bundeskabinett hat heute den Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten (Patientenrechtegesetz–PatRG) beschlossen. Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks kritisiert, dass die Pläne der Bundesregierung weit hinter dem Notwendigen zurückbleiben.

„Es ist schon bemerkenswert, wie man bei einer inzwischen so breiten Zustimmung zu einem Gesetzesvorhaben so wenig für Patientinnen und Patienten in Deutschland herausholen kann“, **so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks.** „Hamburg hat mit anderen Ländern viele sinnvolle, an praktischen Erfahrungen mit der Umsetzung von Patientenrechten gereifte Vorschläge vorgelegt. Ohne diese Länder-Initiative wäre der Entwurf sicher noch blasser, allerdings fehlen immer noch wichtige Punkte“.

Der beschlossene Kabinettsentwurf sieht beispielsweise kein Härtefallfond vor, mit dem Opfern von Behandlungsfehlern unbürokratisch geholfen werden könnte. Auch hinsichtlich der Informationspflicht gegenüber Patienten greift der Entwurf zu kurz. So wurde bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfs der von Verbänden und Bundesländern vorgeschlagene „Patientenbrief“ völlig ignoriert. Dieser soll analog zum Arztbrief die Patienten in verständlicher Weise über wichtige Aspekte der Behandlung informieren.

Auch hinsichtlich der privat zu zahlenden Zusatzleistungen (IGeL) hat sich das Kabinett inhaltlich nicht bewegt. Ein Schutz von Patientinnen und Patienten vor unnötigen, aber teuren Behandlungen wird nicht geleistet und scheint auch von der Bundesregierung nicht gewollt zu sein.

Bei der Regelung der Einsichtnahme in die Patientenakte wird die Stellung der Patienten sogar verschlechtert. So soll diese verweigert werden dürfen, wenn „sonstige erhebliche Gründe entgegenstehen“. Patienten werden damit gegenüber der jetzigen Rechtslage schlechter gestellt.

Prüfer-Storcks: „Von den vielen konstruktiven Anregungen aus den Ländern und von Verbänden wurde nur sehr wenig aufgenommen. Man kann den Eindruck gewinnen, die Bundesministerien haben sich fast ausschließlich auf die Verbesserung der Begründung für ihr dünnes Gesetz konzentriert. Sie bleiben mit ihrem Entwurf sogar hinter den Vorstellungen der CDU/CSU-Gesundheitspolitiker zurück.“ Die Senatorin kündigt an, gemeinsam mit den anderen Ländern weiter Druck zu machen für ein Patientenrechtegesetz, das diesen Namen verdient.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

25. Mai 2012/bgv25

Organspende: Hamburg wird neues Gesetz durch vielfältige Aktionen unterstützen

Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks begrüßt Einführung der Entscheidungslösung

Der Bundestag hat heute mit breiter Mehrheit Neuregelungen zur Organspende beschlossen. Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer Storcks begrüßt die Entscheidung.

„Die heute beschlossenen Neuregelungen zur Organspende schaffen nun endlich die notwendigen Voraussetzungen, um die Bereitschaft zu mehr Organspenden in ethisch gebotener Weise zu erhöhen“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Die Einführung der Entscheidungslösung achtet das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung und wird sicherlich auch in der Bevölkerung breite Zustimmung finden. Es ist wichtig, dass Menschen ihren Willen dokumentieren, um diese schwierige Entscheidung nicht ihren Angehörigen aufzubürden.“

Die beschlossenen Neuregelungen sehen u.a. vor, künftig alle Bürgerinnen und Bürger ab dem 16. Lebensjahr regelmäßig über ihre Krankenkassen zur Organspende zu informieren und zur Abgabe einer Erklärung aufzufordern. Einen Zwang wird es dabei nicht geben. Die Aufforderung wird erstmalig in diesem Jahr erfolgen und dann in regelmäßigen Abständen wiederholt werden. Auf diese Weise soll jeder Einzelne aufgefordert werden, die Entscheidung in einem Organspendeausweis zu dokumentieren.

„Damit die Einführung der Entscheidungslösung auch große Akzeptanz in der Bevölkerung findet, ist es notwendig, im Vorfeld umfänglich über das Thema Organspende zu informieren“, so **Prüfer-Storcks**: „Erst ein gesichertes Wissen über die Vorgänge in der Transplantationsmedizin und ein transparentes Auseinandersetzen mit der Organspende kann der Entscheidungslösung zur Durchsetzung und damit zur Steigerung der Spenderraten verhelfen.“

Die Einführung der Entscheidungslösung wird in Hamburg durch vielfältige Aktionen flankiert. Nach Inkrafttreten der Gesetzesnovelle wird die Bevölkerung gemeinsam durch die Gesundheitsbehörde, die Kassenärztliche Vereinigung und die Hamburgische Krankenhausgesellschaft über die Entscheidungslösung informiert werden. Die Bezirksamter sollen den Bürgerinnen und Bürgern zusammen mit Personalausweis bzw. Führerschein einen Organspendeausweis und Informationsmaterial übergeben. Darüber hinaus sollen Schülerinnen und Schüler in Kooperation mit

der Schulbehörde über die Organspende informiert werden. Durch gezielte Plakatierung zum Beispiel auf Bussen und in S- und U-Bahnen soll zusammen mit den Krankenkassen zusätzlich auf die Thematik aufmerksam gemacht werden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

21. Mai 2012/bsb21

Hamburger Schulen erhalten hochdotierte Klimapreise

Mit ihren Klimaschutzplänen überzeugen gleich drei Hamburger Klimaschulen die Jurys des „Deutschen Klimapreises“ sowie des Wettbewerbs „Klima & Co“

„Wie kann der CO₂-Ausstoß unserer Schule bis zum Jahr 2020 um jährlich zwei Prozent reduziert werden?“ So lautet die zentrale Frage der Klimaschutzbeauftragten der Stadtteilschule Walddörfer (Klimaschule 2010-2012), der Gelehrtenschule des Johanneums sowie des Heinrich-Heine-Gymnasiums (beide Klimaschule 2012-2013). Alle drei Schulen tragen das Gütesiegel „Klimaschule“, das erstmals im Jahr 2010 vom Projektteam „Klimaschutz an Schulen“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) vergeben wurde. Dafür haben alle Schulen bundesweit erstmals jeweils einen umfassenden **Klimaschutzplan** für ihre Schulen entwickelt. Ihr Engagement wurde nun mit Deutschlands renommierten Klimapreisen für Schulen belohnt.

Die **Stadtteilschule Walddörfer** (Volksdorf) erhält einen der fünf Hauptpreise des **Deutschen Klimapreises 2012**. Sie konnte die Jury mit ihrer Form der schulischen Auseinandersetzung zum Klimaschutz begeistern. In der Klima-AG arbeiten 30 engagierte Schülerinnen und Schüler sowie drei Lehrkräfte regelmäßig an zwölf Tagen außerhalb des sonstigen Schulbetriebs am schuleigenen Klimaschutzplan. Das **Heinrich-Heine-Gymnasium** (Poppenbüttel) sowie die **Gelehrtenschule des Johanneums** (Winterhude) überzeugten mit ihren Klimaschutzplänen die Jury des bundesweiten Wettbewerbs „**Klima & Co**“ – Deutschlands höchstdotierten Klimaschutz-Wettbewerbs für Schulen.

Alle Schulen erhalten Preisgelder in Höhe von je 10.000 Euro. Die Preisverleihungen finden in Berlin statt.

In der **Anlage** finden Sie Detailinformationen zu den Projekten, sowie ein Foto von Schülerinnen und Schülern des Heinrich-Heine-Gymnasiums, die eingesparten 152 Tonnen CO₂ auf dem Schulhof darstellen. Das Foto kann auf Anfrage gerne für die Berichterstattung zur Verfügung gestellt werden.

Für Rückfragen der Medien:

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI)

Christine Stecker, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit,
Projekt „Klimaschutz an Schulen“
Tel: (040) 42 88 42 – 344, M: (0172) 5132613
E-Mail: christine.stecker@li-hamburg.de
Internet www.li.hamburg.de/klimaschutz

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher
Tel: (040) 4 28 63 – 2003
E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,
Internet: www.hamburg.de/bsb

22. Mai 2012/bsb22

Ties Rabe: Zentralabitur sorgt für Klarheit und Gerechtigkeit „Das Abitur ist ein Gütesiegel, das nicht von Schule zu Schule verändert werden kann“

Ab 2014 wird das Hamburger Zentralabitur in Deutsch, Mathe und Englisch auf die meisten anderen Fächer ausgeweitet. Schulsenator Ties Rabe:

„Zentrale Abiturprüfungen in allen Fächern schaffen Gerechtigkeit und Klarheit. Das Abitur ist ein Gütesiegel, das über die Zukunftschancen junger Menschen entscheidet, und deshalb nicht von Schule zu Schule beliebig verändert werden kann. Zentrale Abiturprüfungen stärken das Hamburger Abitur im bundesweiten Vergleich, denn bereits jetzt haben 12 der 16 Bundesländer entsprechende Abiturprüfungen. Sie sichern zudem eine gleich hohe Qualität an allen Schulen und verhindern damit die Entwicklung zum Zwei-Klassen-Abitur innerhalb Hamburgs. Zentrale Abiturprüfungen entsprechen eindeutig den geltenden Abiturrichtlinien und den Bildungsplänen der Unterrichts- und Profulfächer.

Die Reform ist sorgfältig vorbereitet: Zentrale Prüfungen wurden von 2004 bis 2010 in Hamburg bereits erfolgreich eingesetzt, sind also für Hamburgs Lehrerinnen und Lehrer nichts Neues. Mit den Schulleitungen wurde die Reform ausführlich diskutiert. Nach längeren Beratungen haben sich im November 2011 zwei Drittel aller Gymnasialschulleitungen für die Wiedereinführung ausgesprochen. Um die Unterrichtsvorbereitung in der künftigen Oberstufe zu erleichtern, stehen die Prüfungsthemen für 2014 schon jetzt im Internet. In besonderen Fällen wird es für einzelne Schulen um bis zu zwei Jahre verlängerte Übergangsfristen geben, für wenige besondere Reformschulen kann es auch dauerhafte Ausnahmegenehmigungen geben.“

Rabe führt zu den Gründen aus:

- „Zentrale Prüfungen in allen Fächern sorgen für **Gerechtigkeit beim Abitur**. Das Abitur ist ein Gütesiegel, das über die Zukunftschancen junger Menschen entscheidet, und nicht von Schule zu Schule beliebig verändert werden kann. Es ist ungerecht, wenn das Abitur an bestimmten Schulen schwerer oder leichter ist als an anderen Schulen.

- Zentrale Abiturprüfungen sichern einen **einheitlichen Leistungsstandard** und verhindern damit, dass Abiturienten bestimmter Schulen bei Bewerbungen wegen ihres angeblich zweitklassigen Abiturs benachteiligt werden. Ich beobachte diese Entwicklung mit Sorge, es darf kein Zweiklassen-Abitur geben, weder in Hamburg noch in Deutschland insgesamt.
- Zentrale Abiturprüfungen sichern die **gleiche Qualität aller Hamburger Schulen**. Eltern und Kinder können sich darauf verlassen, dass jede Schule zu einem guten Abitur führt und nicht nur wenige. Das schafft gerade für die vielen neuen Oberstufen der Stadtteilschulen Rückenwind gegenüber den etablierten Schulen.
- Zentrale Abiturprüfungen werten das Hamburger Abitur bundesweit auf. 2016/17 wird **es in allen Bundesländern gleich schwere Abituraufgaben** geben. Schon jetzt haben 12 der 16 Bundesländer zentrale Prüfungsaufgaben in fast allen Fächern. Ein Hamburger Sonderweg gefährdet angesichts dieser Entwicklung das Ansehen des Hamburger Abiturs.
- **Zentrale Abiturprüfungen beziehen sich auf 50 Prozent des Unterrichts und lassen genügend Raum für schulspezifische Schwerpunkte in der fächerverbindenden Profiloberstufe.** Auch die Bundesländer Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen verbinden die Profiloberstufe mit zentralen Prüfungen.
- **Die Profiloberstufe darf nicht missverstanden werden:** In den Profilen sollen Fächer verbunden, aber nicht aufgelöst werden. Hamburgs Bildungspläne sowie bundesweite Übereinkommen über das Abitur schreiben sehr klar für jedes Fach fachbezogene Bildungsinhalte und fachbezogene Prüfungen vor. Diese Anforderungen gelten verbindlich auch für die Profilfächer. Zentrale Abiturprüfungen haben damit eine sichere Grundlage.

Zentrale Abiturprüfungen in den Nebenfächern wurden bereits 2004 in Hamburg eingeführt und bis 2010 problemlos durchgeführt. Auch bei der damaligen Einführung gab es Proteste, weil Schulen den Verlust ihrer Schulprofile fürchteten. Der Protest legte sich schnell, weil das System gut und sicher funktionierte.

Vor der Entscheidung über die Einführung zentraler Abiturprüfungen hat die Schulbehörde im Herbst 2011 mit den Schulleitungen und Oberstufenkoordinatoren der Hamburger Schulen das Thema auf mehreren Sitzungen ausführlich beraten. Auf einer abschließenden Abstimmung im November 2011 votierten über zwei Drittel der Gymnasialschulleitungen für zentrale Prüfungen in allen Fächern. Genau das wird jetzt umgesetzt.

Das Zentralabitur in allen Fächern soll 2014 eingeführt werden. Das wird sorgfältig und umsichtig vorbereitet. Damit sich die Schulen darauf gut vorbereiten können, stehen die künftigen Prüfungsthemen bereits seit April 2012 im Internet. Jede Schule erhält zudem ein Aufgabenheft mit einer klaren Beschreibung aller künftigen Abiturthemengebiete. Es bleibt damit viel Zeit für eine sinnvolle Vorbereitung.

Schulen, die in einzelnen Fächern besonders intensiv mit außerschulischen Partnern kooperieren, können im Rahmen einer Ausnahmegenehmigung zentrale Prüfungen bis zu zwei Jahre später einführen. Die Schulbehörde rechnet damit, dass rund 5 bis 10 Prozent der Abiturprüfungen unter diese Übergangsregelung fallen. Wenige Reformschulen wie die Max-Brauer-Stadtteilschule, die aufgrund eines besonderen schulischen Konzeptes den gesamten Unterricht bereits ab der Sekundarstufe I anders gestalten, können dauerhafte Ausnahmegenehmigungen erhalten.

„Das Zentralabitur wird das Hamburger Abitur aufwerten. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit dem Zentralabitur und mit den jetzt gefundenen Anpassungsregelungen die Qualität des Hamburger Abiturs weiter steigern können“, so Senator Rabe.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

22. Mai 2012/bsb22a

Reiseführer durch ein nachhaltiges Hamburg: Schulsenator Rabe startet Hamburger Onlineportal zur Umweltbildung

Hamburg ist um ein Bildungsangebot reicher: Seit heute steht das Portal „Morgen in meiner Stadt“ online. Es verbindet globale Themen wie Klimaschutz und Energieversorgung mit lokalen Gegebenheiten, Projekten und Orten in und um Hamburg. Schulsenator Ties Rabe begleitete den Liveang des Portals zusammen mit zahlreichen Schülerinnen und Schülern sowie vielen beteiligten Unternehmen und Organisationen aus Hamburg.

„Bildung für Umwelt- und Klimaschutz zählt zu den großen Aufgaben unserer Gesellschaft“, sagte Ties Rabe bei der Eröffnungsveranstaltung auf Gut Karlshöhe, „da sind alle gefordert und das schließt die Schulen, die Städte und Kommunen, aber auch öffentliche Einrichtungen und Unternehmen mit ein. Deshalb freue ich mich besonders, dass mit „Morgen in meiner Stadt“ bei uns in Hamburg auch ein Modell der Zusammenarbeit entstanden ist, das alle zusammenbringt, um an dieser Aufgabe zu arbeiten. Hamburger Unternehmen verzichten eigeninitiativ auf Selbstdarstellung und stehen gemeinsam hinter einem Thema; Schülerinnen und Schüler an Hamburger Bildungsstätten erarbeiten Inhalte und stellen ihre Ergebnisse vor.“

Online lernen und nachschlagen, in Hamburg sehen und erleben – so lautet zusammengefasst das Credo des neuen Bildungsportals, das mit „Morgen in Hamburg“ startet. Die Idee ist einfach: Überall, auch in Hamburg, arbeiten Menschen in verschiedenen Projekten, Organisationen und Unternehmen für den Umwelt- und Klimaschutz. Warum nicht Schülerinnen und Schüler, die zu diesen Themen lernen und recherchieren, auch gleich mit den entsprechenden Projekten in ihrer näheren Umgebung zusammenbringen?

Reale Orte in Hamburg werden so zu „Future Points“ im Portal – Orten, an denen man schon heute etwas über die Zukunft lernen kann. Daneben, darüber und quer vernetzt finden sich die entsprechenden Hintergrundinformationen. Und zwar in unterschiedlicher Form, etwa Wissensartikeln, Zeitleisten, ausgewählten Spielen und Filmen oder Interviews. Weitere Funktionen dienen einer strukturierten Zusammenarbeit. So können Lehrer und Schüler gemeinsam über einen eigenen Zugang

Unterrichtseinheiten zusammenstellen und eigenes Material hochladen. Lehrer, Schülerinnen und Schüler arbeiten in Gruppen zusammen und greifen auf die Materialien zu – im Unterricht oder auch zuhause. Die „Morgen in meiner Stadt“-Redaktion nimmt Vorschläge zu Themen auf und unterstützt die eigenverantwortliche Recherche.

„Morgen in meiner Stadt“ nimmt als Grundelement den Rhythmus der Stadt binnen fiktiver 24 Stunden auf. Der Tagesablauf knüpft an die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler an und hilft, Themen auch konkreten Situationen einzuordnen. Insgesamt acht Schwerpunktthemen werden auf diese Weise erschlossen: Natur, Energie, Leben, Güter, Mobilität, Ideen, Wohnen und Arbeiten. Die Referenzpunkte „Mein Tag“ und „Meine Stadt“ wecken Interesse und fördern neue Perspektiven auf die eigene, alltägliche Welt. Das Portal wird nach einem kooperativen Sponsoringverfahren finanziert durch die beteiligten Unternehmen und Organisationen und bleibt dadurch werbefrei. Das Material im Portal wird von einer unabhängigen Redaktion erarbeitet.

Seit heute ist „Morgen in meiner Stadt“ nach einer Testphase von sechs Monaten offiziell mit ersten Inhalten online. Die feierliche Eröffnung wurde durch den 17-jährigen Schüler Filipe Goncalves moderiert, der sich mit seiner Klasse bereits in der Testphase intensiv mit dem Portal beschäftigt hat. Wie auch viele andere: Unter anderem berichteten Schülerinnen und Schüler der Gyula Trebitsch-Schule Tonndorf, der Erich Kästner-Schule (Farmsen) und des Niels Stensen-Gymnasiums (Harburg) über ihre Erfahrungen mit dem Brennstoffzellenhybridbus der Hochbahn AG, stellten an der Wasserbar von HamburgWasser das Lebensmittel Nr. 1 näher vor und informierten über ein aktuelles Profilerstufenprojekt, u.a. zum Hamburger Hafen.

Darüber hinaus waren weitere Kooperationspartner wie die "SchulBaustelle Klima" der Handwerkskammer, die Bildungsoffensive Elbinseln im Rahmen der Internationalen Bauausstellung, der SchulCampus der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und der Cradle to Cradle-Verein vor Ort.

Weitere Informationen: www.morgen-in-meiner-Stadt.de

Für Rückfragen der Medien:

Morgen in meiner Stadt Mona Kaluza, Geschäftsführerin Tel.: (040) 72962460 E-Mail: kaluza@morgen-in-meiner-stadt.de Internet: www.morgen-in-meiner-stadt.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
---	--

22. Mai 2012/bsb22b

„Hamburg bekommt bundesweit die beste Ausstattung für die Inklusion“

Schulsenator Ties Rabe stellte vor der Sitzung des Schulausschusses zum Thema „Inklusion“ klar:

„Seit 2010 können Kinder, die früher auf Sonderschulen geschickt wurden, allgemeine Schulen besuchen. Leider hat der damalige Senat die Schulen darauf nicht ausreichend vorbereitet, für zwei Drittel aller Schulen gab es nur eine Notlösung mit sehr wenig zusätzlichem Personal. In einem ersten Schritt hat die Schulbehörde 2011 über 120 zusätzliche Sozialpädagogen und Erzieher eingestellt. In einem zweiten Schritt wird jetzt ein Konzept für die Organisation und Qualität der sonderpädagogischen Förderung, die Weiterbildung der Kollegien sowie die bedarfsgerechte Personalausstattung aller allgemeinen Schulen vor. Einsparungen finden nicht statt. Im Gegenteil bleibt das hohe Ausstattungsniveau erhalten. Hamburg wird künftig für die Inklusion die beste Personalausstattung aller Bundesländer haben.“

Seit dem Schuljahr 2010 können Kinder, die früher auf Sonderschulen geschickt wurden, allgemeine Schulen (Grundschule, Stadtteilschule, Gymnasium) besuchen. Diese Möglichkeit wurde von der Bürgerschaft einstimmig beschlossen und unter dem CDU-GAL-Senat eingeleitet. Immer mehr Kinder besuchen seitdem eine allgemeine Schule statt der Sonderschule. Leider hat der damalige Senat die Schulen darauf nicht ausreichend vorbereitet. Nur ein Drittel der Schulen war mit „integrativen Regelklassen“, „Integrationsklassen“ oder „integrativen Förderzentren“ auf die sonderpädagogische Förderung eingestellt. Für die meisten Schulen gab es 2010 nur eine schlecht ausgestattete Notlösung mit sehr wenig zusätzlichem Personal. Es ist deshalb dringend notwendig, alle Schulen angemessen auszustatten.

In einem ersten Schritt hat die Schulbehörde 2011 über 120 zusätzliche Sozialpädagogen und Erzieher für die Unterstützung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eingestellt. In einem zweiten Schritt legt die Schulbehörde jetzt ein Konzept für eine bedarfsgerechte sonderpädagogische Förderung in allen Schulen vor. Das Konzept regelt die Organisation und Qualität der sonderpädagogischen Förderung, die Weiterbildung der Kollegien sowie eine bedarfsgerechte Personalausstattung an allen allgemeinen Schulen.

„Zurzeit ist das sonderpädagogische Personal nicht bedarfsgerecht verteilt. Deshalb muss Personal umverteilt werden: Einige Schulen geben Personal ab, andere bekommen Personal hinzu. Alle Veränderungen werden behutsam über mehrere Jahre eingeleitet. Insgesamt wird jedoch keineswegs Personal abgebaut. Das hohe Ausstattungsniveau bleibt erhalten“, so Senator Rabe.

Künftig bekommt eine Schule für jedes Kind mit speziellem Förderbedarf (z.B. geistig oder schwer-mehrfach behindert) zusätzliches Personal für 7,0 doppelt besetzte Unterrichtsstunden pro Woche und für jedes Kind mit Förderbedarf „Lernen“, „Sprache“ oder“ emotional-soziales Verhalten“ (LSE-Förderbedarf) 3,5 doppelt besetzte Unterrichtsstunden pro Woche. Wenn beispielsweise vier Kinder mit speziellem Förderbedarf in einer Klasse lernen - wie in den bisherigen Integrationsklassen -, dann kann die Schule $4 \times 7,0 = 28$ Unterrichtsstunden pro Woche mit einer zweiten pädagogischen Kraft besetzen.

Die künftige Förderung in Hamburg geht weit über alle anderen Bundesländer hinaus. CDU und GAL hatten 2010 lediglich rund 1,5 doppelt besetzte Unterrichtsstunden pro Kind mit LSE-Förderbedarf vorgesehen. Bildungsforscher wie die Prof. Klemm und Preuss-Lausitz empfehlen für Kinder mit LSE-Förderbedarf rund 3 doppelt besetzte Unterrichtsstunden und für Kinder mit speziellem Förderbedarf 4,2-5,6 doppelt besetzte Unterrichtsstunden.

Das zusätzliche Personal für Kinder und Jugendliche mit speziellem Förderbedarf wird einer Schule zugewiesen, wenn der Förderbedarf des Kindes mit einem Gutachten nachgewiesen ist. Anders ist es bei Kindern mit Förderbedarf LSE. Wegen der Ungenauigkeit vieler LSE-Gutachten wird jeder Schule das zusätzliche Personal für Kinder mit Förderbedarf LSE über eine Pauschale zugewiesen. Diese Zuteilung wird von Bildungsforschern einhellig empfohlen. Jede Schule bekommt ausgehend von einem Mittelwert von 5 % Kindern mit Förderbedarf LSE in Hamburg eine eigene Pauschale, die sich nach der Zahl und der sozialen Lage ihrer Schülerschaft richtet. Eine Schule in einem sozial belasteten Stadtteil erhält z.B. die Pauschale von 7,6 %. Das bedeutet, dass diese Schule für 7,6 % ihrer Kinder zusätzliches Personal für die Förderung im Bereich LSE bekommt.

Einige Schulen haben jetzt erklärt, sie hätten mehr LSE-Kinder als in der Pauschale für ihre Schule berechnet sind. Diese Differenzen werden zurzeit aufgeklärt. Sie können vier Ursachen haben:

1. Die soziale Lage der Schülerschaft kann sich verändert haben. Deshalb ist eine neue soziale Analyse aller Schulen beauftragt, die ab dem Schuljahr 2013 angewendet wird.

2. Einige Schulen haben – unabhängig von der sozialen Lage ihrer Schülerschaft – eine lange Tradition bei der sonderpädagogischen Förderung und werden deshalb von förderbedürftigen Kindern besonders gern besucht. Diese Schulen sollen in einer Übergangsphase zum Ausgleich zusätzliches Personal bekommen.
3. Seit Beginn der Inklusion im Jahr 2010 werden immer öfter Kinder als förderbedürftig im Bereich LSE gemeldet, die vorher nicht als förderbedürftig galten. So sank zwar seit 2010 die Zahl der LSE-förderbedürftigen Kinder an den Sonderschulen erwartungsgemäß um 895, stieg aber umgekehrt an den allgemeinen Schulen nicht um 895, sondern um 2.006 an. Die Erklärung ist einfach: Seit 2010 werden immer mehr Kinder aus der regulären Schülerschaft als förderbedürftig im Bereich LSE eingestuft. Viele von ihnen wären vor 2010 nicht als LSE-förderbedürftig eingestuft worden und ganz normal ohne zusätzliches Personal unterrichtet worden.
4. Auch eine weitere Entwicklung muss aufgeklärt werden. Seit Kinder auch nachträglich im laufenden Schulbesuch als LSE-förderbedürftig eingestuft werden können, steigt bei jeder Versetzung die Zahl der LSE-förderbedürftigen Kinder einer Klasse: 65 Erstklässler an den Grundschulen galten 2009 als LSE-förderbedürftig, bei der Versetzung in Klasse 2 stieg die Zahl auf 168, ein Jahr später auf 286. Noch größere Anstiege werden aus dem Folgejahrgang gemeldet. Sicher können sich Kinder ändern. Es ist aber nicht nachvollziehbar, dass durch längeren Schulbesuch immer mehr Kinder LSE-förderbedürftig werden und umgekehrt bei keinem einzigen Kind ein Ende der Förderbedürftigkeit gemeldet wird.

Daran erkennt man, dass sich seit 2010 offensichtlich Maßstäbe verschoben haben. „Bei vielen der jetzt als förderbedürftig im Bereich LSE eingestuften Kinder und Jugendlichen wäre vor 2010 kein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt, sondern sie wären ohne zusätzliches Personal ganz normal an den allgemeinen Schulen unterrichtet worden. Zurzeit werden diese erheblichen Differenzen aufgeklärt. Möglicher Weise wird manchmal pädagogischer Förderbedarf mit sonderpädagogischem Förderbedarf verwechselt. Bei den jetzigen Ressourcenfragen geht es jedoch nur um sonderpädagogischen Förderbedarf, das ist die Förderung für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die vor 2010 noch auf die Sonderschule überwiesen worden wären. Es geht hier nicht darum, zusätzliche Förderung für alle etwas leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler zu organisieren, so wünschenswert das auch sein mag“, so Senator Rabe.

„Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang auch, dass bei der Diskussion um Geld und Personal das Wichtigste nicht vergessen wird: Inklusion braucht eine Veränderung des Unterrichts. Alle Beispiele gelungener Inklusion zeigen, dass darin der eigentliche Schlüssel zum Erfolg liegt. Mir ist klar, dass diese Konzepte erst entwickelt werden müssen und wir zurzeit am Beginn einer neuen Entwicklung

stehen. Deshalb beinhaltet das jetzt vorgelegte Inklusionskonzept für alle Schulen vielfältige Angebote, um Unterricht und Schulorganisation auf die neuen Aufgaben vorzubereiten. Diese Angebote werden immer stärker von den Schulen genutzt und erfolgreich umgesetzt. Ich bin deshalb sehr zuversichtlich, dass wir auf einem guten Wege sind“, ergänzt Senator Rabe.

Rabe resümiert: „Die Inklusion ist eine große Chance – sowohl für viele bislang benachteiligte Kinder als auch für viele leistungsstarke Kinder. Sie können gemeinsam besser lernen, wenn sich Schule und Unterricht auf die neuen Anforderungen einstellen. Erfolgsschlüssel dafür sind eine vernünftige Personalausstattung und gelungene Schul- und Unterrichtskonzepte. Ich möchte, dass die Inklusion ein Erfolg wird. Deshalb plane ich in Hamburg für die inklusive Arbeit die beste Personalausstattung aller Bundesländer. Ich bin sicher, dass auf dieser Grundlage der Wandel zur inklusiven Schule gelingen wird.“

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

24. Mai 2012/bsb24

Landeszentrale für politische Bildung bietet in ihren Räumen für Schülergruppen Führungen durch die Ausstellung „Die geteilte Stadt“

Am 13. August 1961, vor rund 51 Jahren, wurde die Teilung Deutschlands durch den Bau der Berliner Mauer besiegelt.

Aufgrund der positiven Resonanz im vergangenen Jahr bietet die Hamburgische Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Miniatur Wunderland erneut vorrangig Schulklassen und Jugendgruppen aber auch weiteren interessierten Gruppen Gelegenheit, vom Dienstag, 29. Mai bis einschließlich Freitag, 22. Juni 2012, möglichst vormittags, in den Räumen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 1, in 20354 Hamburg, die Ausstellung „Die geteilte Stadt“ zu besuchen.

Hierbei können sich die Gäste während einer fachkundigen wie kurzweiligen Führung buchstäblich ein Bild der Situation zur Zeit der deutschen Teilung machen.

In sieben Dioramen, also detailgenau als Modellbau im Maßstab 1:47 gestalteten Schaukästen, wird die deutsche Nachkriegsgeschichte an Hand einer fiktiven Straßenkreuzung in Berlin im Wandel der Zeit (1945-1989) dargestellt. Jedes Diorama stellt das typische Erscheinungsbild der jeweiligen Zeit nach. Im Detail wird mit Hilfe vieler Szenen und Symbole auf Ereignisse und Entwicklungen auf beiden Seiten der Grenze und der Mauer hingewiesen.

Ziel dieses Projektes ist es, die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung spielerisch an Geschichte heranzuführen. Damit ist dieses Angebot der Landeszentrale für politische Bildung und des Miniatur Wunderlandes auch hervorragend als Unterrichtsergänzung geeignet. Die Ausstellung ist für alle Schultypen geeignet und auch schon für Grundschülerinnen und Grundschüler ab der 4. Klasse interessant.

Die Führungen sind ab Dienstag, 29. Mai bis einschließlich Freitag 22. Juni 2012, vormittags für Gruppen von 5 bis maximal 30 Personen und ausschließlich nach vorheriger Terminabsprache möglich.

Neben der rund einstündigen Führung durch die Ausstellung besteht auch Gelegenheit, sich im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung und des Jugendinformationszentrums umzuschauen. Ausstellungsbesuche sind ausschließlich für vorangemeldete Gruppen möglich. Nur so ist eine terminlich wie inhaltlich individuelle Betreuung möglich. Außerhalb der vereinbarten Besuchstermine ist die Besichtigung der Dioramen leider nicht möglich.

Terminvereinbarungen sind montags bis donnerstags von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr unter der Rufnummer 040 / 4 28 23 48 02 möglich.

Gerne werden Anfragen auch per E-Mail unter Mauerfall@email.de entgegen genommen.

Bitte bei einer Anfrage per E-Mail zum gewünschten Führungstermin immer auch einen zusätzlichen Alternativtermin angeben.

Übrigens ist der Besuch der Ausstellung wie auch die fachkundige Führung für Sie und Ihre Gruppe kostenlos!

Über diesen Link können bereits erste Informationen zur Ausstellung eingesehen und Bilder angeschaut werden:

<http://www.miniatur-wunderland.de/anlage/sonderausstellungen/berlin/geteilte-stadt/>

Für Rückfragen der Medien:

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann, Tel. 040 / 4 28 23 48 03,

E-Mail: sabine.bamberger-stemmann@bsb.hamburg.de

Annika Fritzsche, Tel. 040 / 4 28 23 48 08, E-Mail: annika.fritzsche@bsb.hamburg.de

22. Mai 2012/bsu22

Öffentliche Auslegung der Schutzgebietsverordnung

„Wilhelmsburger Elbinsel“ auf dem Weg zum Landschaftsschutzgebiet

Entwurf der Landschaftsschutzverordnung wird Öffentlichkeit vorgestellt

Der Senat beabsichtigt in Wilhelmsburg die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes „Wilhelmsburger Elbinsel“. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat deshalb einen entsprechenden Verordnungsentwurf mit den Behörden der Hamburger Verwaltung abgestimmt. Dieser Entwurf wird bis zum 20. Juni den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt. Sie können sich zu dem Entwurf äußern und Bedenken und Anregungen bei den unten genannten Dienststellen schriftlich oder elektronisch vorbringen.

Das geplante Schutzgebiet umfasst eine Fläche von etwa 750 Hektar. Die Flächen erstrecken sich östlich der Autobahn A1 sowie auf den Bereich der sogenannten „Kirchdorfer Wiesen“ westlich der Autobahn A1 nördlich und südlich des Siedenfelder Weges. Weitere Fläche befinden sich beidseits der Straße Kornweide westlich der Autobahnschlussstelle Stillhorn.

Mit dem Landschaftsschutzgebiet „Wilhelmsburger Elbinsel“ sollen die noch großräumig zusammenhängenden landwirtschaftlich als Grünland, Acker- und Gartenbauland genutzten Flächen im Osten der Elbinsel unter Schutz gestellt werden. Es handelt sich um eine der ältesten Kulturlandschaften Deutschlands mit einer besonders hohen Bedeutung für den Naturschutz, das Landschaftsbild und die Erholung. Das Gebiet soll mit der Unterschutzstellung vor einer übermäßigen strukturellen Veränderung durch z.B. Bebauung, landwirtschaftsfremde Nutzungen sowie besonders störende Freizeitnutzungen bewahrt werden. Damit trägt das Schutzgebiet insgesamt zum Erhalt des grünen Charakters der Elbinsel Wilhelmsburg bei. Die städtebauliche Entwicklung Wilhelmsburgs soll vor allem in der Mitte der Elbinsel im Bereich der vorhandenen Bebauung stattfinden.

Die Karte, der Verordnungsentwurf und ein Erläuterungsbericht des geplanten Landschaftsschutzgebietes und die Auslegungsorte sind im Internet unter www.hamburg.de/naturschutz veröffentlicht.

Auslegungsorte:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Abteilung Naturschutz, Stadthausbrücke 8, Zimmer E 19, EG, 20355 Hamburg, montags bis freitags in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes MR12, Klosterwall 8, 1. OG, Raum 103 in 20095 Hamburg zu den üblichen Öffnungszeiten

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Rathaus Wilhelmsburg, Büro des Regionalbeauftragten, Zi. 111, Mengestraße 19 in 21107 Hamburg, montags bis freitags in der Zeit von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr

24. Mai 2012/bsu24

Neue „Spielplatz-Karte“ für Hamburg

Rund 740 Spiel- und Bolzplätze stehen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung

Hamburgs jüngster Spielplatz ist gerade in Billstedt an der Steinfeldtstraße entstanden. Er wird am 1. Juni eröffnet. Zu den Kleinsten seiner Art gehört der Mini-Spielplatz in Altona an der Kepplerstraße. Einer der bekanntesten ist der Spielplatz in „Planten un Blomen“. Und einer der Einzigartigsten dürfte der Archäologische Spielplatz in Harburg sein. Seit 2009 können dort direkt am Harburger Rathausplatz Fossilien ausgegraben und an der großen Feuerstelle untersucht werden. Rutschen und Klettern können Kinder dort auf einem großen Mammut.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Hamburgs Kindern stehen rund 740 Spiel- und Bolzplätze zur Verfügung. Sie alle auszuprobieren – dafür braucht es mehr als einen Sommer. Damit Kinder und Eltern wissen, wo es sich am besten gemeinsam spielen lässt, haben wir 100 der schönsten Spielplätze im neuen Flyer zusammengestellt.“

Die meisten Spielplätze gibt es in Hamburg-Mitte (136). Auch in Hamburg-Nord (132) und in Wandsbek (127) wurden viele Plätze zum Klettern, Buddeln und Toben geschaffen. Die Anzahl der Spielplätze richtet sich nach der Bevölkerungsdichte. Als Planungsrichtwert wird für Spielplätze 1,5 Quadratmeter pro Einwohner bei der Ermittlung des Bedarfs zugrunde gelegt. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt stellt 2012 für die Planung, den Neubau und die Grundinstandsetzung von Spielplätzen Investitionsmittel in Höhe von zwei Millionen Euro zur Verfügung.

Der neue Spielplatz-Flyer mit der neuen „Spielplatz-Karte“ für Hamburg wird ab Freitag, 25. Mai, in den Bezirksämtern, den Behörden, in der Verbraucherzentrale, im Jugendinformationszentrum (JIZ) und in den Naturschutzinformationshäusern sowie auf dem Gut Karlshöhe ausgelegt. Die neue „Spielplatz-Karte“ ist auch im Internet zu finden unter www.hamburg.de/spielplaetze.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kerstin Graupner, T: (040)428.40-32 49, pressestelle@bsu.hamburg.de.

24. Mai 2011/bsu24a

Bündnis für mehr Recycling

Kooperation mit Wohnungswirtschaft und Mieterverbänden

Mehr Mülltrennung für den Schutz von Rohstoffen und Klima – um dieses Ziel zu erreichen, haben die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und die Stadtreinigung heute zusammen mit den Verbänden der Wohnungswirtschaft und den Hamburger Mietervertretungen ein „Bündnis zur Hamburger Recycling-Offensive“ unterzeichnet. Damit einigen sich die Partner darauf, die Voraussetzungen für eine haushaltsnahe getrennte Sammlung der verschiedenen Abfälle zu schaffen, indem die erforderlichen Behälter aufgestellt und Standplätze dafür hergerichtet werden. Die Mieter werden über die anstehenden Maßnahmen und die Ziele der Recycling-Offensive, bei Bedarf auch in mehreren Sprachen, informiert.

Bis Ende 2013 sollen so 100.000 Haushalte zusätzlich an die Bioabfallsammlung angeschlossen werden. 150.000 Haushalte mehr sollen die Möglichkeit bekommen, ihr Altpapier an ihrem Wohnhaus in der blauen Tonne zu entsorgen. In beiden Fällen wäre das eine Steigerung der Anzahl angeschlossener Haushalte um fast 50 Prozent gegenüber dem Stand Anfang 2012. Auch die Sammlung in der gelben Hamburger Wertstofftonne mit Verpackungen und Abfällen, die überwiegend aus Kunststoffen oder Metallen bestehen, soll erheblich ausgeweitet werden.

Senatorin Jutta Blankau: „Dieses Bündnis wird die Recycling-Offensive einen großen Schritt voranbringen und damit auch den Klima- und Ressourcenschutz. Die Stadtreinigung wird enorme Anstrengungen unternehmen und eng mit den Wohnungsunternehmen zusammenarbeiten. Es ist richtig und wichtig, dass wir diese große Aufgabe im Dialog angehen und die Hamburgerinnen und Hamburger mitnehmen und überzeugen. Nur so können wir die Ziele, die uns das Kreislaufwirtschaftsgesetz aufgibt, auch erreichen.“

Dr. Joachim Wege, Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW): „Unsere Mitgliedsunternehmen werden mehr Wertstofftonnen in den Wohnsiedlungen aufstellen und so zu einer deutlichen Steigerung der getrennt erfassten Wertstoffmengen beitragen.“

Andreas Ibel, Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), Landesverband Nord: „Wir unterstützen das Bündnis zur Hamburger Recycling-Offensive nachdrücklich. Die Beteiligten müssen bei der konkreten Umsetzung im Einzelfall Geschick und

Fingerspitzengefühl beweisen, da die Umsetzung an manchen Standorten nicht einfach sein wird. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir unsere Ziele gemeinsam erreichen können.“

Dr. Eckard Pahlke, Mieterverein zu Hamburg: „Viele Mieter wollen sich an der Mülltrennung für den Klima- und Ressourcenschutz und den damit verbundenen Kostenvorteilen beteiligen, haben aber bisher dafür nicht die erforderlichen Behälter. Mit der Vereinbarung werden die Vermieter aufgerufen, den Mietern die Getrenntsammlung von Wertstoffen zu ermöglichen.“

Wenn die Ziele der Hamburger Recycling-Offensive erreicht werden, können mit der getrennten Sammlung von Altpapier, Glas, Bioabfällen und anderen Wertstoffen bis zu 100.000 Tonnen CO₂ mehr pro Jahr eingespart werden. Allein mit dem aus den Bioabfällen der Hamburger Haushalte erzeugten Biogas können im Biogas- und Kompostwerk Bützberg der Stadtreinigung Hamburg tausende Hamburger Haushalte mit Strom und Wärme versorgt werden.

Hintergrund: Bereits 2009 hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zusammen mit der Stadtreinigung Hamburg die Recycling-Offensive gestartet. Ziel ist es, in Hamburg die im Rahmen der kommunalen Abfallentsorgung getrennt gesammelten Mengen an Altpapier, Glas, Bio- und Grünabfällen sowie weiteren Wertstoffen, die überwiegend aus Kunststoff oder Metall bestehen, erheblich zu steigern und die zu beseitigende Restmüllmenge entsprechend zu senken. Um das zu erreichen, sollen möglichst alle Hamburger Haushalte an die haushaltsnahe getrennte Sammlung von Bioabfällen, Altpapier und sonstigen Wertstoffen angeschlossen werden, soweit die örtlichen Verhältnisse dies zulassen. Seit Mai 2011 können neben Verpackungen auch alle anderen Abfälle, die überwiegend aus Kunststoff oder Metall bestehen, über die gelbe Tonne oder den gelben Sack entsorgt werden. So können die Wertstoffe aufbereitet und wiederverwendet werden und gelangen nicht zusammen mit dem Restmüll aus der grauen Tonne in der Müllverbrennungsanlage. Während die Umsetzung der Recycling-Offensive in Gebieten mit Einzelhausbebauung bereits große Fortschritte gemacht hat, verlief die Umsetzung bei Mehrfamilienhäusern und in Großwohnsiedlungen bisher eher schleppend.

Mehr dazu im Internet unter: www.hamburg.de/abfall

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Frank Krippner, T: (040)428.40-2051; pressestelle@bsu.hamburg.de

25. Mai 2012/bsu25

Umwelthauptstadt – was nun? Hamburg macht weiter!

Ergebnisse der Umwelthauptstadt-Dialoge werden im Bürgerhaus Wilhelmsburg präsentiert

Rund 1500 Hamburgerinnen und Hamburger haben sich bei den sieben Umwelthauptstadt-Dialogen im letzten Jahr intensiv eingebracht und rege mit Experten, Verwaltung sowie Politik über zentrale Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen - von energieeffizientem Bauen und Sanieren bis hin zu den Perspektiven für urbanes Grün diskutiert. Die übergreifenden Ergebnisse aller Dialoge waren: Transparenz schaffen, themenübergreifend und integrativ handeln, Beteiligung und Mitwirkung ermöglichen und organisieren sowie Verantwortung übernehmen.

Doch wie geht es nach dem Umwelthauptstadtjahr weiter? Darüber diskutieren Hamburgerinnen und Hamburger gemeinsam mit der Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau, beim 8. Umwelthauptstadt-Dialog, am Donnerstag, 31. Mai 2012, ab 17.30 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg.

Senatorin Jutta Blankau: „Mit dem 8. Umwelthauptstadtdialog setzen wir fort, was im Umwelthauptstadtjahr erfolgreich begonnen wurde. Die pragmatischen Ergebnisse spiegeln sich im neuen Umweltprogramm wieder. Mitmachen, mitreden, mitgestalten: Was mit den Umwelthauptstadt-Dialogen begonnen hat, wird künftig in der Stadtwerkstatt fortgesetzt.“

Senatorin Blankau stellt zunächst das Umweltprogramm für die Hansestadt vor. Weitere Programmpunkte sind eine Gesprächsrunde in der die Wege zur Förderung von Nachhaltigkeit und Umweltschutz in Hamburg aus verschiedenen Blickwinkeln erörtert werden. Anschließend finden drei Foren statt zu folgenden Themen.

- Auf dem Weg zur Morgenstadt: Wie erreichen wir die Klimaziele 2050? Wie bewältigen wir den Klimawandel? Klimamodellquartiere liefern Vorbilder und Impulse
- Was können Politik, Wirtschaft und Verbraucher für Ressourcen- und Klimaschutz tun?
- Mehr autofreies Wohnen! Aber wie?

Bei einer abschließenden Podiumsdiskussion werden Vertreter der Politik, Wirtschaft und Verbände aufgefordert Position zu beziehen.

Kontakte:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kerstin Graupner,
T: (040)428 40 -3249,
pressestelle@bsu.hamburg.de

23.05.2012/bwf23

Spitzenforschung in Hamburg

Wissenschaftssenatorin hoch erfreut über weiteren Sonderforschungsbereich an Hamburger Hochschulen

Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt hat sich hoch erfreut über die Entscheidung der Deutschen Forschungsgemeinschaft gezeigt, wonach die federführende Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH) zusammen mit der Universität Hamburg und dem Helmholtz-Zentrum Geesthacht einen Sonderforschungsbereich „Maßgeschneiderte multiskalige Materialsysteme“ erhält. Sie stellte insbesondere die strukturbildende Wirkung und das große Innovationspotenzial dieses Sonderforschungsbereichs heraus.

Stapelfeldt: „Der Sonderforschungsbereich geht aus einem Projekt der Landesexzellenzinitiative hervor und ist somit ein weiterer Erfolg der vom Senat geförderten Initiative. Hamburg hat sich damit noch stärker als Standort für Spitzenforschung profiliert.“

Einen besonderen Dank und Glückwunsch für diesen Erfolg richtete Stapelfeldt an die beteiligten 21 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die über Fächergrenzen hinweg die Entwicklung neuartiger Werkstoffe vorgebracht haben. Für zunächst 4 Jahre erhalten die beteiligten Einrichtungen jetzt eine Förderung von insgesamt 10 Mio. Euro.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Norbert König

Tel.: 040 – 42863 3276, Mobil: 0171 – 388 24 32

E-Mail: norbert.koenig@bwf.hamburg.de

24.05.2012/bwf24

Forschungsschwerpunkte an den Hamburger Hochschulen bundesweit in der Spitzengruppe

Wissenschaftssenatorin erfreut über Ergebnisse des DFG-Förderatlas

Die großen Forschungsschwerpunkte an den Hamburger Hochschulen haben ihre starke Stellung im nationalen Vergleich bestätigt und in Teilbereichen weiter ausbauen können. Das ist das Ergebnis des heute in Berlin vorgestellten Förderatlas 2012 der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt zeigte sich hoch erfreut über die guten Ergebnisse insbesondere in den Natur- und Geisteswissenschaften. Hervorzuheben seien unter anderem die Klima- und Geowissenschaften sowie die Physik an der Universität Hamburg, aber auch die Ingenieurwissenschaften an der Technischen Universität Hamburg-Harburg, die in dem DFG-Förderatlas jeweils bundesweite Spitzenpositionen erreichten. Innerhalb der Geisteswissenschaften liegt die Universität Hamburg z.B. bei den Sprachwissenschaften auf Platz 1 und bei den Kulturwissenschaften auf Platz 3.

Stapelfeldt: „Hier zahlen sich die Investitionen der Hochschulen und der Stadt aus. Der Senat unterstützt die Forschungsschwerpunkte der Hamburger Hochschulen auch zukünftig. So haben wir vor, den naturwissenschaftlichen Campus der Universität an der Bundesstraße baulich zu erneuern.

Besonders freue ich mich über eine weitere Erkenntnis aus dem Förderatlas der DFG, den vergleichsweise hohen Frauenanteil an der Universität Hamburg. Diese liegt hier unter den 40 größten Hochschulen Deutschlands beim Frauenanteil an der Professorenschaft mit 25,3 Prozent auf einem hervorragenden 2. Platz. Trotzdem gibt es auch an dieser Stelle noch viel zu tun.“

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Norbert König

Tel.: 040 – 42863 3276, Mobil: 0171 – 388 24 32

E-Mail: norbert.koenig@bwf.hamburg.de

22.05.2012/fb22

Mai-Steuerschätzung 2012

Trotz Mehreinnahmen bleibt Haushaltsdefizit hoch

Finanzsenator Peter Tschentscher hat heute die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung für Hamburg vorgestellt. Im laufenden Jahr kann die Stadt gegenüber der letzten Steuerschätzung vom November mit 182 Mio. Euro Mehreinnahmen rechnen. In den Folgejahren kommt es nach heutiger Prognose zu Mehreinnahmen von 110 Mio. Euro für 2013, 191 Mio. Euro für 2014, 234 Mio. Euro für 2015 und 266 Mio. Euro für 2016.

Die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung lauten wie folgt:

Hamburger Steuerschätzung vom Mai 2012	Ist	Schätzung			Fortschreibung		
	Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Millionen Euro						
Hamburg verbleibende Steuern	8.716	9.012	9.183	9.592	9.978	10.333	
Abweichung gegenüber der Steuerschätzung November 2011		+182	+110	+191	+234	+266	
Defizit der Finanzplanung mit Steuermehreinnahmen		- 805	- 704				

„Die erwarteten Mehreinnahmen sind das Ergebnis einer weiterhin guten wirtschaftlichen Entwicklung“, sagte der Finanzsenator, mahnte aber zugleich: „Haushalte werden nicht in schlechten, sondern in guten Zeiten ruiniert“. Selbst wenn die günstigen Prognosen einträten, wäre das Haushaltsdefizit in der Finanzplanung hoch. „Mit einem Defizit von rund 800 Mio. Euro für 2012 und 700 Mio. Euro für 2013 gibt es keinen Spielraum für höhere Ausgaben“, so Tschentscher.

Wie im vergangenen Jahr werde der Senat die erwarteten Mehreinnahmen für 2012 daher verwenden, um die Neuverschuldung zu verringern und Rücklagen zu schonen. Auch bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2013 / 2014 werde der in der Finanzplanung beschriebene Ausgaberahmen trotz der guten Einnahmeerwartung nicht erhöht.

Tschentscher betonte: „Das Finanzkonzept des Senats wird konsequent umgesetzt: Konjunkturell bedingte Mehreinnahmen werden nicht genutzt, um die Ausgaben zu erhöhen, sondern um das Haushaltsdefizit zu verringern. Nur so kann die Schuldenbremse des Grundgesetzes in Hamburg sicher eingehalten werden. Dies entspricht auch den Vorgaben der Hamburger Verfassungsänderung, die das Parlament bereits in erster Lesung beschlossen hat.“

Die Steuerschätzung bezieht sich grundsätzlich immer nur auf geltendes Steuerrecht. Bei allen Annahmen ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um Prognosen auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse handelt. Daher ist auch die aktuelle Mai-Steuerschätzung mit Unsicherheiten behaftet. Bei der späteren Feststellung des tatsächlichen Steueraufkommens sind sowohl positive als auch negative Abweichungen möglich.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

24.05.2012/pr24

Mediendialog Hamburg 2012:

Neuerlicher Strukturwandel der Öffentlichkeit erfordert Reform der Medienpolitik

Scholz: „Medienpolitik steuert besser über Werte und Anreize als über Verbote und Vorschriften“

Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Olaf Scholz hat sich für eine nachhaltige Reform der Medienpolitik ausgesprochen. Sie müsse „von vorn herein als Media Governance gedacht werden, als politisches Feld, das durch viele Akteure, viele Interessen und viele Auseinandersetzungsebenen geprägt ist“. Um eine solche Reform leisten zu können, brauche auch die Medienpolitik selbst Öffentlichkeit; sie dürfe nicht ausschließlich hinter verschlossenen Türen stattfinden.

Mit einer Grundsatzrede (siehe Anlage) eröffnete Scholz am 24. Mai bei einem Senatsempfang im Rathaus den Mediendialog Hamburg 2012. Der Hamburger Senat hatte führende Vertreterinnen und Vertreter aus der gesamten Medienbranche (Print, Rundfunk, Werbung, Digital, Film, Musik etc.) zum diesjährigen Mediendialog eingeladen, um über „Öffentliche Kommunikation im Wandel – Media Governance für die digitale Welt“ zu diskutieren.

Der Bürgermeister plädierte in seiner Rede angesichts der Bedeutung der Öffentlichkeit für die demokratische Gesellschaft für einen neuen Konsens zwischen den Akteuren in Medien und Politik. Die tiefgreifenden Veränderungen in einem digitalen Umfeld müssten sorgfältig analysiert werden, um anschließend „den medienpolitischen Werkzeugkasten gründlich auszumisten“ und neu zu sortieren. „Medienpolitik steuert besser über Werte und Anreize als über Verbote und Vorschriften“, betonte Scholz. Ziel müsse es sein, die ideelle und die ökonomische Dimension der Medien in Einklang zu bringen. Dazu nahm er die Medienschaffenden in die Pflicht: „Ihr verantwortungsvoller Geschäftssinn sichert gleichzeitig, dass unsere Gesellschaft reichweitenstark mit Information versorgt wird und Öffentlichkeit gewährleistet ist.“

Andreas Cichowicz, Chefredakteur des NDR Fernsehens, beschrieb anschließend den Zustand der deutschen Öffentlichkeit in einem journalistischen Zwischenruf. „Sie war noch nie so gut informiert, so aufgeklärt und so gut mit Hintergrundwissen versorgt wie heute. Aber auch verwirrt. Denn das Internet schafft viele neue Teilöffentlichkeiten, die ohne professionellen Journalismus auskommen. Qualitätsmedien müssen deshalb einerseits in ihre Kernkompetenz investieren – Orientierung bieten, Vertrauen, Unabhängigkeit – andererseits viel stärker auf ihre „Kunden“ zugehen.“

Die Konferenz des Mediendialog Hamburg am 25. Mai widmete sich den Chancen und Problemen der öffentlichen Kommunikation sowie den Potentialen eines Media Governance-Ansatzes zur Lösung von

aktuellen Konflikten. In seiner Keynote skizzierte Professor Otfried Jarren die Umbruchsituation der öffentlichen Kommunikation und die Perspektiven der verschiedenen Medienbranchen.

In der folgenden Diskussion, an der rund 50 Vorstandsvorsitzende- bzw. Geschäftsführer der Medienbranche sowie die Spitzen der Medien- und IT-Verbände und Medienwissenschaftler teilnahmen, ging es um das Zusammenspiel von Inhalte-Anbietern und Plattformbetreibern, um den Wert der Kreativität und neue digitale Geschäftsmodelle sowie um die Aufgaben von privaten und öffentlich-rechtlichen Medienanbietern für die öffentliche Kommunikation. Die Konferenz-Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass die Instrumente der Medienpolitik auf den Prüfstand gestellt werden und neue Konfliktlösungsverfahren entwickelt werden müssen. Die Zeit bis zum nächsten Mediendialog Hamburg soll dazu genutzt werden, in einzelnen Gesprächsrunden und Workshops zwischen Politik und Medien entsprechende Ansätze zu entwickeln.

Der Mediendialog Hamburg bringt einmal im Jahr Verantwortliche aus allen Medienbranchen zusammen, um aktuelle medienpolitische Themen in einem kleinen Kreis zu erörtern. Er wird veranstaltet vom Hamburger Senat in Kooperation mit der Allianz Deutscher Produzenten - Film & Fernsehen e.V. (Produzentenallianz), dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V. (BDZV), dem Bundesverband Digitale Wirtschaft e.V. (BVDW), dem Bundesverband Musikindustrie e.V. (BVMI), dem Deutscher Musikverleger-Verband e.V. (DMV), dem Gesamtverband Kommunikationsagenturen e.V. (GWA), dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V. (VDZ), dem Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V. (VPRT) und dem Zentralverband der Deutschen Werbewirtschaft e.V. (ZAW).

Für Rückfragen:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Leiter der Pressestelle des Senats

Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Tel: 040/42831 2243/44

E-Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

21.05.2012/kb21

Freies Kinder- und Jugendtheater erstmals an den Hamburger Bühnen

Projekt „Hamburger Bühnenflug 2012“ startet am 26. Mai

Acht Hamburger Bühnen öffnen erstmals gemeinsam ihre Vorhänge für freie Kinder- und Jugendtheatergruppen. Der „Hamburger Bühnenflug“, ein Projekt der freien Kinder- und Jugendtheaterszene, startet am 26. Mai. Gespielt wird dann bis zum Jahresende an jedem letzten Samstag im Monat um 15:30 Uhr. Die professionelle Hamburger Kinder- und Jugendtheaterszene ist seit Jahren auch überregional anerkannt, die Gruppen verfügen aber über keine festen Spielstätten.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Theaterschaffenden der freien Kinder- und Jugendtheaterszene in Hamburg leisten engagierte und leidenschaftliche Arbeit für die Kinder unserer Stadt. Mit ihrer Initiative setzen die Projekte nun auf ganz besondere Weise den Anker in der Theaterstadt Hamburg, dabei hoffe ich auf viele kleine und große Besucher. Es freut mich sehr, dass die Privat- und Staatstheater gemeinsam ihre Häuser für dieses tolle Projekt öffnen und danke allen Beteiligten herzlich für ihr Engagement.“

Die professionelle freie Kinder- und Jugendtheaterszene Hamburgs genießt einen guten Ruf weit über die Grenzen der Stadt hinaus. Sie bespielt Schulen, Kitas und Stadteilkulturzentren in Hamburg, Deutschland und im Ausland. Das Projekt **Hamburger Bühnenflug 2012** wird maßgeblich vom Verein **KinderTheaterSzeneHamburg** (kurz KITSZ) organisiert, einem Zusammenschluss der freien Gruppen die keine feste Spielstätte haben. Das Projekt Hamburger Bühnenflug wurde durch eine gemeinsame Förderung der Hamburgischen Kulturstiftung, der Hamburg Kreativ Gesellschaft und der Kulturbehörde ermöglicht.

Mehr Informationen zu dem Projekt: www.kindertheaterszenehamburg.de.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 226 pressestelle@kb.hamburg.de

Uwe Schade, KITSZ e.V.

040/385428

info@theater-triebwerk.de

Hamburger Bühnenflug 2012

Termin	Gruppe / Stück	Spielstätte
Sa., 26. Mai, 15.30 Uhr	Theater Brekkekekex: Die Glücksbringer	Hamburger Sprechwerk
Sa., 30. Juni, 15.30 Uhr	Ambrella Figurentheater: Die Stadtmaus und die Landmaus	St. Pauli-Theater
Sa., 28. Juli, 15.30 Uhr	Tandera Theater: Das Geheimnis der roten Ente	Das kleine Hoftheater
Sa., 25. August, 15.30 Uhr	Theater am Strom: Für immer das Meer	Opera Stabile
Sa., 29. September, 18.00 Uhr	Kirschkern & Compes: ERNEST oder wie man ihn vergisst	Junges Schauspielhaus / Malersaal
Sa., 27. Oktober, 15.30 Uhr	Theater Pina Luftikus: Frau Meier, die Amsel	Ohnsorg Theater / Studiobühne
Sa., 24. November, 15.30 Uhr	Theater am Strom: Als die Wale sich die Schuhe ausgezogen haben	Theater Kontraste / Komödie Winterhuder Fährhaus
Sa., 29. Dezember, 15.30 Uhr	Theater Triebwerk: Vom Fischer und seiner Frau	Thalia Theater / Gaußstraße

25.05.2012/kb25

„Viel mehr als eine Absichtserklärung“

Hamburg und Groningen vereinbaren enge Zusammenarbeit in der Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Städte Hamburg und Groningen / Niederlande kooperieren künftig stärker in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Hamburgs **Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill** und Groningens **Vizebürgermeister Ton Schroor** haben heute im Hamburger Rathaus eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Die Kooperation umfasst die Zusammenarbeit von Institutionen und Unternehmen zum Beispiel aus der Design- und Gamesbranche, aber auch gemeinsame Projekte im Rahmen der Musikfestivals Eurosonic in Groningen und dem Reeperbahnfestival in Hamburg.

Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill: „Unser gemeinsamer Vertrag ist viel mehr als eine reine Absichtserklärung. Bereits seit einigen Jahren gibt es einen regen Austausch zwischen Hamburg und Groningen. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, diesen Austausch nun auf ein gemeinsames Fundament zu stellen, auf dem beide Städte in Zukunft noch enger zusammenarbeiten können.“

Ton Schroor, Vizebürgermeister der Stadt Groningen: „Die Hansestädte Hamburg und Groningen unterscheiden sich von anderen Städten besonders durch ihr kreatives, unternehmendes und kulturelles Klima. Ein Vorbild sind unsere Musikfestivals. Durch die inspirierenden Treffen in den letzten Monaten, hat sich unsere Zusammenarbeit enorm beschleunigt. Mit dem Letter of Intent, den wir jetzt unterzeichnet haben, können wir auch die Stärken unserer Städte noch besser nutzen.“

Weitere Eckpunkte der Vereinbarung: Eurosonic und Reeperbahn Festival werden offizielle Plattformen für Gespräche, Delegationsreisen und Kooperationsprojekte im Rahmen der Städtekooperation. Elbjazz, die Hamburger Hochschule für Musik und Theater, Swinging Groningen und das Prins Claus Conservatorium planen einen kontinuierlichen Austausch u.a. auf Hochschulebene. Bereits seit einer Woche arbeiten junge Jazzmusiker aus Hamburg, Groningen und dem dänischen Aarhus zusammen an der Hamburger Musikhochschule. Die Ergebnisse werden sie an diesem Wochenende auf dem Elbjazz Festival vorstellen.

Das Projekt Urban House Groningen und die HipHopAcademy Hamburg werden durch einen regelmäßigen Austausch ihrer Arbeit voneinander lernen. Hamburg und Groningen werden im Bereich Design Kooperationsformen entwickeln und erproben und den Austausch der Groninger und

Hamburger Designwirtschaft stärken. Hamburg und Groningen unterstützen und fördern Hochschulkooperationen auf Bachelor- und Masterebene, beispielsweise durch Vermittlung von Unterkünften für Lehrende, Studierende und Praktikanten im Austausch.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel: 040 / 42824 - 226

pressestelle@kb.hamburg.de



24. Mai 2012/bis24

Schnell und bequem: Kfz-Ummeldung über das Internet Neuer Bürgerservice von Landesbetrieb Verkehr und Deutscher Post

In Hamburg ist die Kfz-Ummeldung jetzt auch über das Internet möglich. Im Rahmen eines Mitte April gestarteten Pilotprojekts können Fahrzeughalter nach ihrer Online-Registrierung die Unterlagen und Kennzeichen in einer Partner-Filiale der Deutschen Post oder auch – wie bisher – an einem der Standorte des Landesbetriebs Verkehr (LBV) abholen. Mit dem neuen Service kann die Ummeldung von Fahrzeugen nach dem Kauf oder bei einem Umzug einfach und schnell vorgenommen werden.

Und so funktioniert die Kfz-Ummeldung über das Internet in Hamburg:

Unter www.hamburg.de/lbv melden sich Fahrzeughalter an. Dort werden Daten zum Fahrzeug (u. a. Kennzeichen, Fahrgestell-Nummer), zur Kfz-Versicherung (elektronische Versicherungsbestätigung) sowie Angaben zum Halter eingetragen, außerdem Abholdatum und Ausgabestelle bestimmt. Zusätzlich kann ein Wunschkennzeichen mit ausgewählt werden. Nach Prüfung aller erforderlichen Eingaben erfolgt die Bezahlung online. Der gesamte Service einschließlich der Kennzeichenschilder kostet 34,50 Euro extra zu den Zulassungsgebühren. Der LBV erstellt die neuen Fahrzeugpapiere und Kennzeichenschilder, sendet diese an die vom Kunden bestimmte Ausgabestelle. Dort erfolgt der Tausch alt gegen neu. Die neuen Fahrzeugpapiere und Kennzeichenschilder können fertig ausgestellt und gesiegelt auch bei einer von vier Partner-Filialen der Deutschen Post mit langen Öffnungszeiten in Empfang genommen werden. Bei der Abholung müssen dort die alten Fahrzeugdokumente und Ausweispapiere vorgelegt werden. Geschulte Filialmitarbeiter überprüfen die Unterlagen, Plaketten und die Identität des Antragstellers und geben die beantragten Unterlagen direkt aus.

Hamburgs Innensenator Michael Neumann: „Ich freue mich, dass wir in Hamburg als erstes Bundesland einen so umfassenden Bürgerservice mit der Deutschen Post als Partner anbieten können. Der Weg zur Zulassungsstelle verkürzt sich auf ein paar Mausklicks. Und die neuen Fahrzeugpapiere und -kennzeichen bekommt man in Wohnortnähe – zu Öffnungszeiten, die auch für Berufstätige attraktiv sind.“

Martin Linde, Mitglied des Bereichsvorstands BRIEF der Deutschen Post und zuständig für Privatkunden und Filialen: „Mit diesem gemeinsamen Projekt zeigen Hamburg und die Deutsche Post einmal mehr ihre Bürger- und Kundennähe. Internet- und Filial-Service zu kombinieren entspricht den aktuellen Kunden-Bedürfnissen, um Wege zu sparen und wertvolle Zeit optimal zu nutzen. Nach erfolgreichem Test könnte m. E. über weitere Ausgabe-Filialen in Hamburg gesprochen werden.“

Den Bürgerservice bieten folgende vier Partner-Filialen der Deutschen Post:

Kieler Shop

Kieler Straße 383
22525 Hamburg-Stellingen
(Mo - Fr 8 - 20 Uhr; Sa 8 - 16 Uhr)

Alphapoint Apotheke

Öjendorfer Damm 50
22043 Hamburg-Jenfeld
(Mo - Fr 8 - 19 Uhr; Sa 9 - 14 Uhr)

JOURNAL Schabani Tabak, Lotto, Presse

Meiendorfer Straße 94
22145 Hamburg-Rahlstedt
(Mo - Fr 8 - 13 u. 14 - 18 Uhr; Sa 8 - 13 Uhr)

famila-Handelmarkt GmbH & Co. KG

Eichenlohweg 17
22309 Hamburg-Ohlsdorf
(Mo - Sa 8 - 22 Uhr)

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Landesbetrieb Verkehr, Marketing und Kommunikation

Kathrin Fechner, Tel. 040 – 42858-4002

E-Mail: kathrin.fechner@lbv.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/lbv

Deutsche Post DHL, Pressestelle Hamburg

Martin Grundler, Tel. 040 – 8558-3737

E-Mail: pressestelle.hamburg@deutschepost.de

Terminkalender

Vom 29. Mai bis 4. April 2754

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Dienstag, den 29.05.2012

ganztägig

Japan, Korea, Shanghai

Senator Frank Horch besucht vom 29.05. – 08.06.2012 mit einer

Wirtschaftsdelegation Asien.

14:20

HHLA, Bei St. Annen 1

Staatsrat Andreas Rieckhof begrüßt die **Delegation „Europäische Metropolregion Nürnberg“.**

15:00

Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer

Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den neuen **Generalkonsul der Volksrepublik China, YANG Huiqun**, zum Gespräch.

18:30

Zeise Kinos, Friedensallee 7

Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt an der **Eröffnung des 28. Internationalen Kurzfilmfestivals** teil.

Mittwoch, den 30.05.2012

09:00

Gangway-Schule, Ellerholzweg 1b

Senator Detlef Scheele besucht mit Staatsrat Michael Voges die **Gangway-Schule.**

10:00

Bremer Rathaus, Am Markt 21, 28195 Bremen

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Norddeutschen Wissenschaftsministerkonferenz** teil.

10:00

Max-Brauer-Allee 134, Zirkuszelt im Lütgens-Park

Senator Ties Rabe besucht den **Festakt zum 40jährigen Jubiläum der Fachschule für Sozialpädagogik 2/Altona.**

14:30

Jugendherberge Hamburg „Horner Rennbahn“

Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Einweihung der Jugendherberge „Horner Rennbahn“** ein Grußwort.

14:30

Jakob Junker Haus Borsteler Chaussee 23

Staatsrat Jan Pörksen spricht anlässlich der **Jubiläumsfeier zum 35jährigen Bestehen des Jakob-Junker-Hauses der Heilsarmee** ein Grußwort.

ganztägig

Radisson blu Schlosshotel Fleesensee, Göhren-Lebbin

Senator Michael Neumann und Staatsrat Volker Schiek nehmen vom 30.05. – 01.06.2012 an der **Frühjahrstagung der Innenministerkonferenz** teil.

19:00

Anglo-German Club, Harvestehuder Weg 44

Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich des **Parlamentarischen Abends der Hamburgischen Notarkammer** ein Grußwort.

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.

- 19:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich „**10 Jahre TUSCH – Theater und Schule**“.
- 19:00** Oberstübchen, Am Fischmarkt 27
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht anlässlich des **Empfangs „Shine and Dine“ für die Nominierten des Studio Hamburg Nachwuchspreises** ein Grußwort.

Donnerstag, den 31.05.2012

ganztägig

Halle/Saale

Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt vom 31.05. – 01.06.2012 an der **Jahresfinanzministerkonferenz** teil.

- 09:00** UniCredit Bank, Alter Wall 22, Hamburg
Staatsrat Michael Sachs hält ein **Impulsreferat „Auf dem Weg zur Immobilienblase“**.
- 09:00** Berlin
Staatsrat Jens Lattmann nimmt als Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg an der **36. Sitzung des Helmholtzsenates** teil.
- 09:30** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4-6
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Baltic Sea Conference** ein Grußwort.
- 11:00** Bezirksamt Harburg, Harburger Rathausplatz 1
Staatsrätin Elke Badde eröffnet die **Fotoausstellung „Mitten im Leben“** mit einem Grußwort.
- 12:00** Magdeburger Hafen
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **Grundsteinlegung der ELBARKADEN und des HeimatHafens** ein Grußwort.
- 13:00** Hannover im Sheraton Hannover Pelikan Hotel, Pelikanplatz 31
Senator Detlef Scheele nimmt an der **Jugend- und Familienministerkonferenz** teil.
- 14:00** Berlin, Rathaus, Louise-Schröder-Saal
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an der **58. Europaministerkonferenz der deutschen Länder** teil.
- 17:30** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20
Senatorin Jutta Blankau eröffnet den **8. Umwelthauptstadt-Dialog** und nimmt an der Podiumsdiskussion teil.
- 18:00** Quartier Emporio, Valentinskamp 70
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **Eröffnung des Quartier Emporio** teil.
- 19:00** Studio Hamburg, Jenfelder Allee 80
Senatorin Prof. Barbara Kisseler übergibt den „**Hamburger Krimipreis**“ im Rahmen der Verleihung des Studio Hamburg Nachwuchspreises.

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.

19:00 Museum der Arbeit; Wiesendamm 3
Staatsrat Andreas Rieckhof spricht anlässlich der **Ausstellungseröffnung "Die Stadt und das Auto. Hamburgs Verkehrsbauten nach 1945"** ein Grußwort.

Freitag, den 01.06.2012

09:00 Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4-6
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt hält eine Rede zur „**Durchlässigkeit der Bildungsbereiche in Richtung Hochschule**“, einer Veranstaltung im Rahmen der **Ostsee-Bildungskonferenz**.

11:00 basis & woge, Pulverteich 17
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Eröffnung der neuen Räumlichkeiten des Vereins basis & woge** ein Grußwort.

11:00 Rathaus, Festsaal
Senator Michael Neumann spricht bei der **Vereidigung von Feuerwehrbeamten**.

12:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Generalkonsul der Ukraine, Yury Yarmilko**, zum Antrittsbesuch.

13:00 Universität, Edmund-Siemers-Allee 1
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Abschlussstagung zum BMBF-Projekt USuS** (Untersuchung zu Studienverläufen und Studienerfolg), einer Veranstaltung der Gesellschaft für Hochschulforschung an der Universität Hamburg, ein Grußwort.

14:00 Bahnhof Bergedorf, Weidenbaumweg
Bahnhofsvorplatz Bergedorf
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort bei der **Eröffnung des Vorplatzes des ZOB Bergedorf und des neuen Bahnhofsgebäudes**.

Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt teil.

15:30 Hotel Grand Elysée, Rothenbaumchaussee 10
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft für gynäkologische Endoskopie (AGE) und des Velener Arbeitskreises Ambulantes Operieren (VAAO)** ein Grußwort.

Samstag, den 02.06.2012

11:40 Rathausmarkt
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **zentralen Kundgebung „Hamburg bekennt Farbe“** ein Grußwort.

Senatorinnen und Senatoren nehmen teil.

20:00 Altonaer Theater, Museumsstraße 17
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Aufführung „Freaks. Eine Abrechnung“**.

Sonntag, den 03.06.2012

- 11:00** Traditionsschiffhafen in der HafenCity
Staatsrätin Elke Badde gibt den **Startschuss zum diesjährigen Lauf „Race for the cure“**.
- 12:00** Hotel Atlantik, An der Alster 72
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Gemeindetages des Zentralrats der Juden in Deutschland** ein Grußwort.